

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Deutschland fordert 50-Milliarden-Programm für Afrika

von: Christoph Herwartz • Donata Riedel

Datum: 16.04.2021 08:47 Uhr

Trotz schlechter Vorhersagen sehen deutsche Unternehmen gute Chancen für Investitionen in Afrika, etwa bei Wasserstoff. Aber sie brauchen Unterstützung.



Windpark in Südafrika

Die Voraussetzungen, grünen Wasserstoff zu produzieren, sind in Afrika besser als in Europa.

(Foto: REUTERS)

Brüssel, Berlin. Vieles hängt von den Impfungen ab. Auch der Mangel an Impfstoff ist es, der Subsahara-Afrika 2021 zur am langsamsten wachsenden Region der Welt machen wird, sagt der Internationale Währungsfonds (IWF) an diesem Donnerstag. Aber: Wenn die Impfstoffe schneller verteilt werden als erwartet, könnte das die kurzfristigen Aussichten der Region stark verbessern, so der IWF.

Denn die Potenziale sind da. So erwartet das Afrika-Zentrum der Uni Flensburg, dass europäische Unternehmen, die sich bislang aus Asien beliefern ließen, verstärkt auf Afrika setzen. „Die globale Neuorganisation und der Umbau von Lieferketten werden zu zahlreichen Neuansiedlungen führen“, heißt es in einem Papier des Zentrums.

Außerdem sind europäische Unternehmen und Staaten auf der Suche nach Standorten für

Wasserstoffproduktion aus erneuerbaren Energien. Der Export von Wasserstoff wird in den kommenden zehn Jahren zum „next big thing“ für Nord- und Westafrika, so die Flensburger Wissenschaftler.

Laut IWF wächst die Wirtschaft südlich der Sahara 2021 um 3,4 Prozent – zu wenig für eine Entwicklungsregion und angesichts eines BIP-Rückgangs von 1,9 Prozent im Jahr 2020, dem schlechtesten dort jemals gemessenen Wert. Auch die Prognosen hören sich düster an: Abebe Aemro Selassie, Afrika-Direktor des IWF erwartet, dass in vielen Staaten das Pro-Kopf-Einkommen nicht vor 2025 wieder auf Vorkrisenniveau ansteigt.

THEMEN DES ARTIKELS



Aber es gibt auch eine andere Sicht. Stefan Liebing, Vorsitzender des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft, sieht vor allem Chancen: Der Einbruch der Wirtschaft lässt sich zum größten Teil durch den Ausfall des Tourismus und den Einbruch der Rohstoffpreise erklären“, sagt er. „Rechnet man das heraus, kommt Afrika gut durch die Krise.“

Entscheidend für ihn ist, dass Unternehmen sich zu neuen Investitionen durchringen können. Dazu seien Bürgschaften und Garantien notwendig. „Das Geschäft wird stattfinden“, sagt er. „Ob mit uns oder ohne uns.“

Auch die deutsche Bundesregierung drängt darauf, mehr in Afrika zu investieren. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Afrika ein Jahrzehnt seiner Entwicklung durch die Coronakrise verliert“, sagte Entwicklungsminister Gerd Müller dem Handelsblatt. „Brüssel muss ein starkes Signal für die Stabilisierung unserer unmittelbaren Nachbarschaft senden. Notwendig ist ein europäisches Stabilisierungs- und Wiederaufbauprogramm mit mindestens 50 Milliarden Euro an Krediten und Hilfen für die am härtesten von der Krise betroffenen Entwicklungsländer.“

Europa muss „Handelshemmnisse beseitigen“

Helfen soll bei der Entwicklung auch ein neues Partnerschaftsabkommen, das die EU mit den OACPS-Staaten geschlossen hat, darunter sind Staaten aus Subsahara-Afrika, aus der Karibik und dem pazifischen Raum. Veröffentlicht wurde das „Post-Cotonou-Abkommen“ am Donnerstag. Nun muss es ratifiziert werden.

Das Abkommen soll Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzen, unter anderem über eine engere Zusammenarbeit der EU mit der entstehenden afrikanischen Freihandelszone.

Damit es nicht bei Absichtserklärungen bleibt, will Deutschland, dass schnell konkrete Leuchtturm-Initiativen entstehen. „Dazu gehört etwa beim Klimaschutz die Erweiterung des europäischen Green Deals um eine Afrikakomponente zur Förderung von erneuerbaren Energien und synthetischen Kraftstoffen wie Methanol in Afrika“, sagt Entwicklungsminister Müller. „Unsere Wirtschaft könnte so einen neuen Zukunftsmarkt erschließen.“

Und Müller will noch weitergehen: „Europa muss diese Gelegenheit nutzen und noch bestehende Handelshemmnisse zwischen Afrika und der EU beseitigen und für faire Lieferketten sorgen“, sagt er. „Denn damit lösen wir die größten Entwicklungsschritte aus. Das liegt auch im Interesse Europas.“

Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sieht in dem Abkommen ein positives Signal. Mehr noch hofft er darauf, dass die afrikanische Freihandelszone zügig umgesetzt wird. „Die Handelsbarrieren innerhalb Afrikas sind immens“, sagt BDI-Afrikaexperte Mathias Wachter. „Für deutsche Unternehmen lohnt es sich zum Beispiel nur, Autos in Kenia zu produzieren, wenn sie von dort ohne hohe Zölle auch in Kenias Nachbarstaaten zu verkaufen sind.“

Mehr: Die Coronakrise macht die Erfolge im Kampf gegen den Hunger zunichte

© 2020 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | Sitemap | Archiv

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.